

(KW28)

## Aus der Fraktion

### **Neue Arbeitsplätze, mehr Wohnungen und stärkere Dörfer**

Der Landtag hat den überarbeiteten Landesentwicklungsplan (LEP) beschlossen. Der neue LEP macht deutlich: Die NRW-Koalition steht für starke Unternehmen, Arbeitsplätze vor Ort, Investitionen in den Standort, genügend Wohnungen und gute Lebensverhältnisse in Stadt und Land.

Wir haben den LEP überarbeitet und ihn entrümpelt. Der von der Regierung Kraft aufgelegte Landesentwicklungsplan vermittelte das Bild, Investitionen seien in Nordrhein-Westfalen nicht erwünscht. Kleine Dörfer auf dem Land durften nicht mehr wachsen, der Druck auf die städtischen Wohnungsmärkte stieg und mittelständischen Unternehmen wurde erschwert, vor Ort zu wachsen und Arbeitsplätze zu schaffen. Die NRW-Koalition schafft in unserem Land nun eine echte Willkommenskultur für alle, die Wohnungen bauen wollen, Unternehmen entwickeln und Arbeitsplätze schaffen möchten. Wir stärken bewusst die ländlichen Regionen und entlasten die unter Druck stehenden Städte.

In der Landesplanung als Kompass für die Entwicklung Nordrhein-Westfalens gibt es nun wieder ein Gleichgewicht zwischen gesunder wirtschaftlicher Entwicklung und ökologischer Nachhaltigkeit. Sie gewährleistet mehr Planungs- und Investitionssicherheit für Unternehmen und Wohnungsbau in Stadt und Land.

### **Kita-Finanzierung dauerhaft und nachhaltig gesichert**

Die Landesregierung hat den Gesetzentwurf zur Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) in den Landtag eingebracht. Diese Reform war längst überfällig. Mit der umfassenden Reform des KiBiz verbessern wir nun die Rahmenbedingungen der frühkindlichen Bildung in Nordrhein-Westfalen dauerhaft und nachhaltig.

1,3 Milliarden Euro werden jährlich und zusätzlich in die Kindertagesbetreuung investiert, davon rund eine Milliarde in die Qualität. Den verlässlichen Löwenanteil tragen insbesondere das Land und die Kommunen, aber auch Kirchen und freie Träger leisten ihren Anteil zu einer auskömmlichen Finanzierung. Mit der Platzausbaugarantie, kann jeder notwendige zusätzliche Betreuungsplatz gebaut werden. Auch das weitere Jahr Elternbeitragsfreiheit wird die Familien in unserem Land entlasten. Dazu soll auch der bereits eingeschlagene Weg für flexiblere Öffnungs- und Betreuungszeiten beitragen.

Wie groß der Druck bei den Beteiligten der frühkindlichen Erziehung war, unterstreicht die rege Teilnahme am Werkstattgespräch der Fraktionen von CDU und FDP vergangene Woche. Die Fraktionen stellten die Eckpunkte der Reform ausführlich vor und

diskutierten mit weit über 400 interessierten Expertinnen und Experten aus Praxis und Beruf.

Begrüßt wurden vor allem die zusätzlichen Investitionen in die frühkindliche Bildung in Höhe von 1,3 Milliarden Euro pro Jahr und die geplanten Neuregelungen zur Qualitätsentwicklung. Auch die gesetzlich neu verankerte Leitungsfreistellung und die finanzielle Stärkung der Fachberatung sind wichtige Schritte. Dieses positive Feedback von den in so vielen Bereichen tätigen Praktikerinnen und Praktikern freut uns und ist Ansporn, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

## **Grenzkontrollen europäisch denken!**

Der Landtag hat einen Antrag von CDU und FDP zur grenzüberschreitenden Bekämpfung von Kriminalität beschlossen.

Denn Offene Grenzen im Schengen-Raum sind eine der großen Errungenschaften für die Europäische Union und ihre Bürgerinnen und Bürger. Diese müssen wir bewahren. Eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung endet dabei nicht an nationalen Grenzen. Wir als NRW- Koalition denken Grenzschutz und Kriminalitätsbekämpfung europäisch.

Wir brauchen eine europäische Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und eine starke Präsenz auf beiden Seiten der Binnengrenze. Wir intensivieren die grenzüberschreitende Polizeiarbeit gemeinsam mit Belgien und den Niederlanden.

Um die Fahndung zu beschleunigen, wird schnelles Internet in Grenznähe benötigt. Darüber hinaus müssen wir die IT-Kommunikation zwischen Bundes- und Landespolizei sowie mit den Behörden in den Niederlanden und Belgien verbessern.

Kriminalitätsbekämpfung in Europa ist Team-Work – deswegen wollen wir multinationale Polizeiteams einsetzen. Wir müssen außerdem dafür sorgen, dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte im grenznahen Bereich Fortbildungen sowohl in Sachen Sprache, als auch in der Rechtsordnung unserer Nachbarländer erhalten.

## **Hochschulen und Land sind wieder Partner**

Der Landtag hat mit den Stimmen von CDU und FDP die Änderungen des Hochschulgesetzes beschlossen. Damit befreit die NRW-Koalition die Hochschulen von unnötiger Bevormundung durch das Land. Damit stellen wir die Hochschulfreiheit wieder her.

In dem vorgelegten Gesetzentwurf wird deutlich: Wir haben Vertrauen in die Hochschulen unseres Landes. Durch den Wegfall der Rahmenvorgaben und der Rückkehr zu strategischen Zielen anstelle eines Landesentwicklungsplans werden den Hochschulen Freiräume eröffnet, durch die sie ihre eigene Gestaltungskraft voll entfalten können. Ein Beispiel hierfür ist die Einführung der neuen „Urlaubssemester für Gründerinnen und Gründer“ mit denen wir das große Innovationspotenzial der Hochschulen in den Blick nehmen und die Gründerszene stärken. Damit machen wir den Wissenschaftsstandort NRW noch attraktiver.

## **Opferschutz stärken**

Der Landtag hat einem Antrag der NRW-Koalition zum Opferschutz in Nordrhein-Westfalen zugestimmt. Denn jedes Opfer ist ein Opfer zu viel. Menschen, die Opfer geworden sind, brauchen die Hilfe aller, auch die Hilfe der Politik. Sie haben ein Recht auf Schutz, auf Anerkennung und Unterstützung.

Die NRW-Koalition nimmt den Opferschutz sehr ernst. Bereits jetzt gibt es zahlreiche Projekte, Konzepte und Initiativen. Wir wollen diese Angebote verstetigen und weiterentwickeln.

Dazu brauchen wir eine einfache, niederschwellige und einheitliche digitale Informationsplattform für Menschen, die schnell und unkompliziert Hilfe benötigen. Zudem wollen wir mit einer Öffentlichkeitskampagne verstärkt auf die Institution der Opferschutzbeauftragten aufmerksam machen und für das Thema insgesamt sensibilisieren. Es muss ein Konzept für sogenannte Großschadenslagen entwickelt werden, damit die Opferschutzbeauftragte nach dem Schadenseintritt sofort eingebunden werden kann, um den Opfern und deren Angehörigen zur Seite stehen zu können.

Staat und Zivilgesellschaft sind gleichermaßen in der Pflicht, Betroffenen die notwendige Hilfe zu ermöglichen. Neben finanziellen Zuwendungen und einem passgenauen Beratungsangebot ist es die Aufgabe der Politik, für gute Rahmenbedingungen – auf Landesebene insbesondere bei der personellen Ausstattung der Justiz – zu sorgen, damit die Dauer der Ermittlung, der Prozesse vor Gerichten und die Länge von Verfahren optimiert werden können. Insbesondere die personelle Ausstattung der Justiz hat mit den Haushalten der NRW-Koalition 2018 und 2019 einen enormen Stellenzuwachs erfahren.

## **Forschung und Innovationen sichern die Energieversorgung der Zukunft**

Die Landesregierung hat in einer Unterrichtung des Landtags die Energieversorgungsstrategie für Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Diese Strategie der NRW-Koalition bietet für unser Land eine gut lesbare Karte auf dem Weg zum innovativsten und klimafreundlichsten Industrie- und Wirtschaftsstandort. Wir müssen der Welt zeigen, dass dies möglich ist. Denn nur dann werden uns andere Regionen, Länder und Kontinente auf diesem Weg folgen.

Die Energieversorgungssicherheit ist auch in einem immer mehr auf erneuerbaren Energien basierenden System für uns absolute Grundvoraussetzung. Energie muss aber nicht nur zuverlässig und zunehmend sauber sein, sondern auch bezahlbar für Verbraucher, Mittelstand, Industrie und Verkehr. Eine Energiepolitik, die auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen wird, halten wir für falsch.

Es ist absolut notwendig, dass durch Forschung und Innovationen die Energieversorgung für Wirtschaft, Verkehr, Wärme aus sauberen Quellen sichergestellt wird und bezahlbar bleibt. Aus diesem Grund unterstützen wir den Ansatz der Landesregierung einer technologieoffenen Energieforschungsoffensive.NRW, die durch viele verschiedene Maßnahmen Impulse für wissenschaftlichen Fortschritt und technologische Entwicklungen setzt.

## **#ArtenschutzNRW – Lebensräume in NRW schaffen und erhalten**

Der Landtag hat auf Antrag von CDU und FDP über die Sicherung der Artenvielfalt in Nordrhein-Westfalen debattiert. Denn Artenvielfalt ist ein wichtiger Teil des Umweltschutzes und ein ebenso wichtiges Anliegen der NRW-Koalition. Mit der Biodiversitätsstrategie wollen wir dem Rückgang vieler Tier- und Pflanzenarten aktiv entgegenwirken.

Die zahlreichen Maßnahmen, die wir jetzt schon zum Schutz der Artenvielfalt ergriffen haben, wollen wir ausweiten. Dazu gehört, Investitionen in die Forschung zu fördern und das landesweite Kataster von Naturschutzflächen zu überarbeiten und weiterzuentwickeln. Zudem wollen wir uns im Bereich der gemeinsamen Agrarpolitik auf europäischer Ebene für mehr Geld für Arten- und Umweltschutz stark machen.

Wir möchten auch die gute, freiwillige Zusammenarbeit, mit den Landwirten in Nordrhein-Westfalen ausweiten. Mit ihnen gemeinsam wollen wir weitere Konzepte, wie die Leitbetriebe Biodiversität, erarbeiten, die sich positiv auf die biologische Vielfalt auswirken. Für das entsprechende Beratungsangebot der Landwirtschaftskammer muss es eine sichere Finanzierung geben.

Unter dem #ArtenschutzNRW informieren wir rund um das Thema und erarbeiten weitere Konzepte, die Artenvielfalt in Nordrhein-Westfalen zu erhalten.

## Aus der Landesregierung

### **Kabinettsbeschluss zum Haushaltsentwurf 2020: Aufstiegsinvestitionen ohne neue Schulden**

Das Landeskabinett hat in dieser Woche den Entwurf des Etats 2020 verabschiedet, der nach der parlamentarischen Sommerpause in den Landtag eingebracht werden soll. Der Entwurf ist geprägt durch die aktuelle konjunkturelle Lage und dem hieraus resultierenden Ergebnis der jüngsten Steuerschätzung. Danach ist für Nordrhein-Westfalen zwar eine Steigerung gegenüber den Steuereinnahmen des Vorjahres zu verzeichnen, allerdings fällt diese geringer aus als ursprünglich prognostiziert. Erfreulich ist: Die Finanzkraft des Landes ist gestiegen. Das führt allerdings beim Länderfinanzausgleich und den Bundesergänzungszuweisungen zu Mindereinnahmen. Insgesamt stehen deshalb 841 Millionen Euro weniger zur Verfügung als erwartet. Trotzdem ist es mit diesem Haushaltsentwurf durch Schwerpunktsetzung innerhalb der Ressorts sowie durch weitere Konsolidierung in Höhe von 200 Millionen Euro gelungen, ohne neue Schulden auszukommen und zugleich maßgebliche Investitionen zu ermöglichen.

Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2020

<b>Eckdaten des Haushalts 2020</b>	<b>Haushalt 2020 (Entwurf)</b>	<b>Haushalt 2019</b>
	in Mrd. EUR	in Mrd. EUR
<b>Haushaltsvolumen</b>	<b>79,9</b>	<b>77,9</b>
<b>Steuereinnahmen</b>	<b>65,2</b>	<b>61,5</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>28,8</b>	<b>27,8</b>
<b>Personalausgabenquote</b>	<b>36,1 v. H.</b>	<b>35,8 v. H.</b>

<b>Investitionsausgaben</b>	<b>8,0</b>	<b>7,9</b>
<b>Haushaltsüberschuss</b>	<b>0,0</b>	<b>0,031</b>

„Alle Ressorts haben an einem Strang gezogen, um gemeinsam diesen ausgewogenen Haushaltsentwurf zu ermöglichen“, kommentierte Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen, den Kabinettsentwurf. „Die Landesregierung hält Wort: Wir setzen den Weg zum Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen trotz Ausfällen bei der Einnahmeerwartung konsequent fort und machen dabei auch weiterhin keine neuen Schulden.“

Neben dem Haushaltsentwurf hat das Kabinett zudem die Entwürfe des Haushaltsbeleitgesetzes 2020 und des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2020 auf den Weg gebracht. Die Regelungen bilden ein Gesamtpaket mit der Mittelfristigen Finanzplanung 2019 bis 2023. Diese Planung trägt dabei ebenfalls den geänderten Rahmenbedingungen Rechnung und sieht für die gesamte Planungsphase keine Neuverschuldung vor. Hierzu sagte Lienenkämper: „Im Hinblick auf unsere Mittelfristige Finanzplanung bleibt es ebenfalls dabei: Wir wollen in der gesamten Legislaturperiode keine neuen Schulden aufnehmen.“

Mit dem Haushaltsentwurf wird der Fokus erneut auf mittel- bis langfristige Investitionen in die Zukunft des Landes gerichtet. „Gerade jetzt geht es darum, die richtigen Schwerpunkte für unser Land zu setzen.“, erläuterte Lienenkämper die Vorlage. Sie liegen insbesondere in den Bereichen Familie, Innere Sicherheit, Bildung und Kultur, Digitalisierung und Infrastruktur, Wissenschaft und Forschung, Sport und Gesundheit sowie Attraktivität und Effizienz der Landesverwaltung.

Familie: Mit der Reform des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) sorgt die Landesregierung neben flexibleren Betreuungs- und Öffnungszeiten für eine erhebliche Qualitätssteigerung in den Kindertagesstätten. Zudem werden mehr als 37.000 zusätzliche Kindergartenplätze geschaffen, sodass Eltern in Nordrhein-Westfalen fortan insgesamt deutlich besser als bisher die vielfältigen Anforderungen von Familie und Beruf vereinbaren können. Insgesamt erhöht die Landesregierung hierzu das Budget für die Kinderbetreuung um rund 662 Millionen Euro. Daneben werden zusätzliche Landesmittel in Höhe von 115 Millionen Euro zur Schaffung weiterer Betreuungskapazitäten im Zuge der Platzausbaugarantie zur Verfügung gestellt.

Innere Sicherheit: Der Bekämpfung von Cybercrime kommt eine besondere Bedeutung zu. Um den ständig wachsenden Umfang vor allem kinderpornografischer und extremistischer Daten effizienter verarbeiten zu können, werden 143 Spezialisten eingestellt. Flankierend werden durch verschiedene Investitionspakete die digitalen Ermittlungsmöglichkeiten der Polizei verbessert. Dafür werden 63 Millionen Euro bereitgestellt. Zur Entlastung des Streifendienstes werden 500 zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte im polizeilichen Verwaltungsdienst geschaffen. Des Weiteren werden 640 Planstellen zur Übernahme von Polizeianwärterinnen und Polizeianwärtern eingerichtet, die ihre Prüfung abgelegt haben. Zudem steht die Bekämpfung von Schwerpunktkriminalität weiter im Fokus. Hierzu werden zur besseren Bekämpfung von Terror und Extremismus 55 neue Stellen im Bereich des Staatsschutzes geschaffen.

Bildung und Kultur: Im Schulbereich werden im Jahr 2020 rund 1.200 Stellen für Lehrerinnen und Lehrer eingerichtet. Insbesondere die Neuausrichtung der schulischen Inklusion auf einer soliden Basis wird vorangetrieben, indem 840 zusätzliche Stellen



geschaffen werden. Die Haushaltsmittel im Bereich Kultur werden um 28 Millionen Euro erhöht. In diesem Zuge wird zugleich der Bereich der gemeinwohlorientierten Weiterbildung mit einem zusätzlichen Betrag von 2 Millionen Euro verdoppelt und zukunftsfähig ausgerichtet.

Digitalisierung und Infrastruktur: Für die Digitalisierung der Verwaltung stehen im Haushalt 2020 insgesamt 182 Millionen Euro bereit, davon 27 Millionen Euro, um allen Bürgerinnen und Bürgern des Landes perspektivisch digitalen Zugang zu Verwaltungsleistungen anzubieten. Zum Ausbau und zur Modernisierung des Straßenverkehrsnetzes von Land und Kommunen fließt ein zusätzlicher Betrag von 20 Millionen Euro. Für das Rheinische Revier stellt die Landesregierung im Zuge vorbereitender Maßnahmen 10 Millionen Euro im Rahmen des bislang größten Einzelstrukturprogramms von Nordrhein-Westfalen bereit. Zur Entlastung der Beitragszahler von Straßenbaumaßnahmen nimmt das Land 65 Millionen Euro in die Hand.

Wissenschaft und Forschung: Vor allem für den zukunftsweisenden Bereich der Elektromobilität ist die Erforschung und Entwicklung leistungsfähiger Speichertechnologien essentiell. Für die „Forschungsfertigung Batteriezelle“ in Münster stehen schon insgesamt 50 Millionen Euro zur Verfügung. Zur Stärkung der Bundesstadt Bonn als UN- und Wissenschaftsstandort ruft die Landesregierung die „Nordrhein-Westfälische Akademie für Internationale Politik“ ins Leben und unterstützt ihren Aufbau im Haushaltsjahr 2020 bereits mit Landesmitteln in Höhe von mehr als 1 Million Euro. Für den Aufbau der Hochschulmedizin Ostwestfalen-Lippe (OWL) in Bielefeld stockt die Landesregierung die Mittel um rund 18 Millionen Euro auf. Damit werden vor Ort unter anderem mehr als 20 neue Stellen geschaffen, was unmittelbar der Steigerung der Qualität von Forschung und Lehre zu Gute kommt.

Sport und Gesundheit: Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt die lokalen Sportvereine und -verbände bei der Modernisierung ihrer Sportanlagen in Zuge des Förderprogramms „Moderne Sportstätte 2020“ mit einem zusätzlichen Betrag von über 50 Millionen Euro. Zur Verbesserung der Strukturen der Krankenhausversorgung im Land werden zusätzliche Investitionen in Höhe von 39 Millionen Euro getätigt.

Attraktivität und Effizienz der Landesverwaltung: Das Land Nordrhein-Westfalen ist ein attraktiver und moderner Arbeitgeber, der kontinuierlich ausbildet und jungen Menschen vielfältige Einsatzmöglichkeiten und ausgezeichnete Entwicklungschancen bietet. Zur weiteren Steigerung der Attraktivität einer Tätigkeit in der Landesverwaltung ist der Tarifabschluss aus März diesen Jahres 1:1 auf den Beamtenbereich übertragen worden. Zusammen mit der Erhöhung der Versorgungsbezüge werden hierfür im Jahr 2020 zusätzlich rund 1 Milliarde Euro bereitgestellt. Die Bezirksregierungen erhalten zudem 223 neue Personalstellen. Damit werden insbesondere Verwaltungsverfahren beschleunigt und prioritäre Aufgaben wie der DigitalPakt Schule und die weitere Netzentwicklung im Bereich Strom und Gas realisiert.

### **Ministerin Gebauer: Wir schöpfen alle Möglichkeiten für eine bessere Lehrerversorgung aus**

Das Schulministerium hat über 5.500 Lehrerinnen und Lehrer mit dem Lehramt für Gymnasien und Gesamtschulen (Sekundarstufe II) angeschrieben. Darin wirbt es dafür, sich auch auf Stellenausschreibungen an anderen Schulformen zu bewerben, also an Grundschulen, Schulen der Sekundarstufe I und Berufskollegs sowie auf Stellen für

die sonderpädagogische Förderung. Die Lehrerinnen und Lehrer werden gebeten zu prüfen, ob sie sich zu Beginn ihres Berufslebens eine Tätigkeit an einer der genannten Schulformen vorstellen könnten. Angesprochen sind jene Lehrerinnen und Lehrer, die bisher kein Einstellungsangebot erhalten haben, sowie an Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter, die ihren Vorbereitungsdienst Ende Oktober 2019 beenden werden.

Hintergrund der Maßnahme ist, dass es in Nordrhein-Westfalen für das Lehramt an Gymnasien und Gesamtschulen (Sekundarstufe II) einen dauerhaften Bewerberüberhang gibt, der sich in den nächsten zehn Jahren auf rund 16.000 Lehrkräfte kumulieren wird. Im Gegensatz dazu fehlen für die Grundschule, die Schulen der Sekundarstufe I, das Berufskolleg sowie für das Lehramt sonderpädagogische Förderung im selben Zeitraum rein rechnerisch rund 15.000 Lehrkräfte. Dieses Ungleichgewicht auf dem Lehrerarbeitsmarkt will das Land mit diesen attraktiven erweiterten Einstellungsmöglichkeiten verringern. Oberstufenlehrkräfte können ihre Einstellungschancen deutlich steigern und eine dauerhafte Einstellung und eine Verbeamtung erreichen, wenn sie bei der Wahl der Schulform flexibel sind.

Lehrerinnen und Lehrer mit dem Lehramt für Gymnasien und Gesamtschulen wurden erstmals im September 2017 mit dem Angebot angeschrieben, an einer Grundschule zu unterrichten. Bisher haben 247 Lehrkräfte dieses Angebot angenommen (Stand Juni 2019).

Ein weiterer Baustein für eine bessere Lehrerversorgung ist das neue Internetangebot „FaBeL.NRW“, das ganz gezielt über die Einstellungschancen im Lehrerberuf informiert. Unter [www.schulministerium.nrw.de/BiPo/fabel](http://www.schulministerium.nrw.de/BiPo/fabel) können sich junge Menschen, die den Lehrerberuf ergreifen möchten, ein Bild davon machen, welche Fächerkombinationen besonders gute Einstellungschancen bieten. Mit dem sogenannten Chancenrechner können die persönlichen Wunschkombinationen ganz einfach per Mausklick ausgewählt und getestet werden. Die Berufsaussichten werden grafisch in fünf farbig aufbereiteten Stufen von hervorragenden bis hin zu geringen Einstellungschancen angezeigt. Allgemeine Hinweise zu den Berufsaussichten nach Fächern und Schulformen runden den Auftritt ab. Mit dem neuen Angebot will das Land dazu beitragen, dass junge Menschen eine fundierte Berufswahlentscheidung treffen können. Damit soll dafür gesorgt werden, dass Angebot und Nachfrage auf dem Lehrerarbeitsmarkt langfristig ins Gleichgewicht kommen. Die Landesregierung schöpft alle Möglichkeiten für eine bessere Lehrerversorgung aus.

## **Staatssekretärin Andrea Milz lobt Engagementpreis NRW 2020 aus: „Jung und engagiert in NRW“**

Unter dem Motto „Jung und engagiert in NRW“ können sich ab sofort Vereine, Stiftungen, gemeinnützige GmbHs und Bürgerinitiativen um den Engagementpreis NRW 2020 bewerben. Die Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt des Landes Nordrhein-Westfalen, Andrea Milz, lobte jetzt in Düsseldorf diesen Preis aus, mit dem vorbildliche Projekte des bürgerschaftlichen Engagements gewürdigt und bekannt gemacht werden sollen. Der Engagementpreis NRW 2020 richtet sich an ehrenamtliche Projekte, in denen sich junge Menschen engagieren oder Projekte, die junge Menschen für ein solches Engagement qualifizieren.

„Kinder und Jugendliche bringen sich für die eigenen Anliegen, aber auch für andere Menschen oder ihre Umwelt ein. Sie geben dabei wichtige Impulse für die Entwicklung unserer Gesellschaft. Diese Energie und Beharrlichkeit ist sehr beeindruckend und macht Mut für die Zukunft“, erklärte Milz. Der Engagementpreis NRW wird im Jahr 2020 zum sechsten Mal vergeben.

Kooperationspartner des Landes ist die Nordrhein-Westfalen-Stiftung. Eckhard Uhlenberg, Präsident der NRW-Stiftung, sagte anlässlich der Ausschreibung: „Das Engagement junger Menschen steckt voller Ideenreichtum und trifft den Nerv unserer Zeit. Wir wollen mit dem Engagementpreis sichtbar machen, wie junge Menschen Verantwortung übernehmen.“

Aus den eingereichten Projekten werden Ende 2019 zwölf Projekte ausgewählt, die im Verlauf des Jahres 2020 als „Engagement des Monats“ auf der Internetplattform [www.engagiert-in-nrw.de](http://www.engagiert-in-nrw.de) vorgestellt werden. Jeweils zwei Projektbeteiligte erhalten zudem die Möglichkeit zur Teilnahme an kostenfreien Qualifizierungsworkshops.

Die „Engagements des Monats“ haben dann die Chance, einer von drei Trägern des Engagementpreises NRW 2020 zu werden. Diese werden Ende 2020 durch eine Online-Abstimmung, die NRW-Stiftung (Sonderpreis) sowie eine Jury bestimmt. Jedes dieser drei Projekte erhält ein Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro.

Bewerbungsschluss ist der 30. September 2019.

## **Afrikanische Schweinepest: Land mahnt weiterhin zur Achtsamkeit**

Vor Beginn der Sommerferien mahnt das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz weiterhin zur erhöhten Achtsamkeit und Vorsorge bei der Afrikanischen Schweinepest (ASP). Landwirtschaftsministerin Ursula Heinen-Esser appelliert an Reisende und Urlauber, keine Wurstwaren in der freien Natur zu entsorgen, sondern ordnungsgemäß im Mülleimer. „Die Gefahr der Einschleppung ist nach wie vor hoch. Es ist daher sehr wichtig, dass sich alle so verantwortungsbewusst und sensibel wie möglich verhalten. Das richtige Verhalten der Menschen kann dazu beitragen, einen Ausbruch zu verhindern“, sagte die Ministerin.

Das Ministerium ruft Tourismusverbände, Reisebranche und Logistikunternehmen auf, Reisende aufzuklären und auf bestehende Informationsangebote hinzuweisen. Ein aktuelles Merkblatt des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen (LANUV) enthält Hinweise zum richtigen Verhalten für Touristen und Reisende. Abrufbar ist das Merkblatt unter <http://url.nrw/ASP>.

Das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz informiert zudem umfassend unter [www.umwelt.nrw/ASP](http://www.umwelt.nrw/ASP).

### Wurstbrot nicht achtlos entsorgen

Der Erreger kann über Kleidung oder Nahrungsmittel, wie zum Beispiel ein achtlos entsorgtes Wurstbrot, übertragen werden. In nicht erhitzten Fleisch- und Wurstwaren kann der Erreger monatelang infektiös bleiben. Besonders kritisch sind dabei Reste von Lebensmitteln, die aus betroffenen Regionen stammen. Nachgewiesen wurde die Tierseuche bisher sowohl östlich als auch westlich von Deutschland, unter anderem in



den angrenzenden Ländern Polen, Tschechische Republik und Belgien. Daher ist gerade auf Rastplätzen entlang der Reiserouten zwischen Ost und West Sorgfalt beim Umgang mit Lebensmitteln angezeigt. Die Seuche ist für Menschen ungefährlich, bei infizierten Schweinen liegt die Sterblichkeitsrate jedoch bei nahezu 100 Prozent.

Ministerin Heinen-Esser ruft die breite Öffentlichkeit – insbesondere Reisende und Touristen, Jägerinnen und Jäger, Försterinnen und Förster, Fernfahrerinnen und Fernfahrer, Tierhalterinnen und Tierhalter – dazu auf, sich zu informieren und durch richtiges Verhalten zur Vorsorge beizutragen. So sollten Reisende auf Rastplätzen keine Lebensmittelreste in offenen Mülleimern entsorgen, in Schweine haltenden Betrieben müssen Biosicherheitsmaßnahmen strikt eingehalten werden. Zudem sind Straßen- und Autobahnmeistereien angehalten, Zäune und Mülleimer zu kontrollieren, auf Wühlspuren von Wildschweinen zu achten und erforderliche Sicherungsmaßnahmen durchzuführen.

Wichtig ist zudem, Funde von toten Wildschweinen unmittelbar unter der Telefonnummer 0201/714488 oder per Mail an [nbz@lanuv.nrw.de](mailto:nbz@lanuv.nrw.de) der Bereitschaftszentrale des Landesumweltamtes zu melden. Die Zentrale kümmert sich in Abstimmung mit den Kommunen um die schnelle Sicherung und Untersuchung des aufgefundenen Wildschweins.

Um die aktuelle ASP-Lage fortlaufend zu bewerten und die einzuleitenden Maßnahmen abzustimmen, finden regelmäßige Gespräche mit den Bezirksregierungen und Kreisen statt. Im Ministerium wurde eine abteilungsübergreifende Sonder-Arbeitsgruppe unter der Leitung des zuständigen Abteilungsleiters eingerichtet. Insgesamt wurden in den zurückliegenden Monaten in Nordrhein-Westfalen und koordiniert in der gesamten Bundesrepublik eine Vielzahl von Vorsorgemaßnahmen ergriffen, um einem drohenden Ausbruch der Tierseuche zu begegnen. Unter anderem wurden Krisenübungen durchgeführt, um im Falle eines Ausbruchs der ASP im Wildschweinbestand vorbereitet zu sein. Auch für diesen Fall sieht sich das Umweltministerium gut gerüstet. Bisherige Ausbreitungsgebiete

Ursprünglich traten Infektionen gehäuft in Afrika südlich der Sahara und in Ländern der kaukasischen Region auf. Im Jahr 2007 sind erste Fälle der ASP in Russland und Georgien aufgetreten. Von dort aus hat sich die Tierseuche in den darauffolgenden Jahren in Osteuropa ausgebreitet. 2014 waren die Länder Ukraine, Weißrussland sowie die EU-Mitgliedsstaaten Litauen, Polen, Lettland und Estland betroffen. Im Juni 2017 meldete die Tschechische Republik den ersten Fall von ASP in der Wildschweinpopulation, später Rumänien. Im April 2018 erreichte die ASP Ungarn, Ende August 2018 gab es erste Meldungen aus Bulgarien, im September 2018 wurde ASP erstmals bei Wildschweinen in Belgien nachgewiesen.